

## **Stellungnahme des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion Bündnis für Gerechtigkeit /Bündnis 90 Die Grünen (BfG-WV/GRÜNE) hinsichtlich der Situation der Werkvertragsarbeiter im Fleischwerk**

Mit Schreiben vom 10.08.2017 forderte die Fraktion BfG-WV/GRÜNE den Stadtrat der Stadt Weißenfels aufgrund negativer Berichterstattung in der Fernsehsendung MDR-Exakt auf, sich diversen Aspekten und Fragen der Zustände der Werksvertragsarbeiter und deren Tätigkeit und Wohnumfeld anzunehmen.

Das mit Antrag überschriebene Begehren beinhaltet zum einen ausschließlich diverse aufgeworfene Unterstellungen, die in einer Fragestellung münden und über die entgegen der Vorgaben des § 56 Abs. 2 der Kommunalverfassung nicht mit einem Ja bzw. Nein entschieden werden kann. Zum anderen beinhaltet das Begehren inhaltlich keine Angelegenheit, die den Aufgabenbereich der Stadt betrifft.

Die aufgeworfenen Fragen betreffen explizit

- das mögliche Engagement der WVW im Rahmen der Vermietung von Wohnraum,
- das Eigentum der Stadt Weißenfels (wobei nicht angegeben ist, welches Eigentum an welchen Objekten mit welcher Intention gemeint ist),
- vermeintlich unerträgliche menschenunwürdige Zustände im Tönnies Fleischwerk
- ein vermeintlich bestehendes Negativimage der Stadt in Bezug auf das Fleischwerk, welches durch Gespräche des Oberbürgermeisters mit der Geschäftsführung von Tönnies beseitigt werden soll.

Gemäß § 2 Abs. 2 der GO SR ist ein Antrag auf die Tagesordnung des Stadtrates zu nehmen, wenn dieser spätestens 14 Tage vor der Sitzung gestellt wurde. Da die Frist gewahrt wurde, war der Antrag auf die Tagesordnung zu setzen.

Nach § 2 Abs. 5 GO SR ist ein Antrag ohne Sachdebatte durch Beschluss des Stadtrates von der Tagesordnung abzusetzen, wenn er eine Angelegenheit betrifft, die nicht in den Aufgabenbereich der Stadt fällt.

Es wird unter Bezugnahme auf § 2 Abs.5 GO SR angeregt, dass das mit „Antrag“ überschriebene Begehren mangels Entscheidungszuständigkeit des Stadtrates ohne Sachdebatte durch Beschluss von der Tagesordnung abzusetzen.

Risch  
Oberbürgermeister